

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für internationalen Handel

VORLÄUFIG
2005/2247(INI)

24.1.2006

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Ergebnisse der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong
(2005/2247(INI))

Ausschuss für internationalen Handel

Berichterstatter: Georgios Papastamkos

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG	8

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu den Ergebnissen der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong (2005/2247(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die von der sechsten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 18. Dezember 2005 angenommene Erklärung¹,
- unter Hinweis auf die Abschlusserklärungen der parlamentarischen Konferenz zur WTO vom 12. und 15. Dezember 2005 sowie vom 25. und 26. November 2004,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 1. Dezember 2005 zu den Vorbereitungen für die sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Hongkong²,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates zur Doha-Entwicklungsagenda der WTO im Anschluss an die Sondertagung des Rates Außenbeziehungen am 18. Oktober 2005 in Luxemburg (13378/05),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. Mai 2005 zur Bewertung der Doha-Runde nach dem Beschluss des Allgemeinen Rates der WTO vom 1. August 2004³,
- unter Hinweis auf den Beschluss des Allgemeinen Rates der WTO vom 1. August 2004⁴,
- unter Hinweis auf die von der Ministerkonferenz der WTO am 14. November 2001 in Doha angenommene Erklärung⁵,
- unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 15. Dezember 1999 zu dem dritten Ministertreffen der Welthandelsorganisation in Seattle⁶, vom 13. Dezember 2001 zur WTO-Konferenz in Katar⁷ und vom 25. September 2003 zur fünften WTO-Ministerkonferenz in Cancún⁸,
- unter Hinweis auf den Sutherland-Bericht über die Zukunft der WTO⁹,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. März 2005 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen¹⁰,
- gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,

¹ Dokumentennummer 05-6248, WTO-Dok. WT/MIN(05)DEC.

² Angenommene Texte, 1.12.2005, P6_TA(2005)0461.

³ Angenommene Texte, 12.5.2005, P6_TA(2005)0182.

⁴ Dokumentennummer 04-3297, WTO-Dok. WT/L/579.

⁵ Dokumentennummer 01-5859, WTO-Dok. WT/MIN(01)DEC/1.

⁶ ABl. C 296 vom 18.10.2000, S. 121.

⁷ ABl. C 177 E vom 25.7.2002, S. 290.

⁸ ABl. C 77 E vom 26.3.2004, S. 393.

⁹ *The Future of the WTO: Addressing institutional challenges in the new Millennium*, Bericht des Consultative Board an den Generaldirektor Supachai Panitchpakdi, WTO, Dezember 2004.

¹⁰ Angenommene Texte, 9.3.2005, P6_TA-PROV(2005)0066.

- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für internationalen Handel sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für regionale Entwicklung, des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A6-0000/2006),
- A. in der Erwägung, dass das in der WTO verankerte multilaterale Handelssystem durch multilaterale Regeln und Vorschriften und die gerichtliche Streitbeilegung zu einer größeren Sicherheit, Transparenz und Stabilität des internationalen Handels sowie einer besseren Gestaltung der Globalisierung beiträgt,
- B. in der Erwägung, dass der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde durch die weitere tatsächliche Liberalisierung des Handels und strengere multilaterale Regeln entscheidend zu Wirtschaftswachstum, Entwicklung und Beschäftigung auf globaler Ebene sowie zur Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft beitragen kann,
- C. in der Erwägung, dass die EU seit dem Beginn der Doha-Runde eine führende Rolle in den Verhandlungen gespielt und glaubwürdige und fundierte Vorschläge in allen Verhandlungsbereichen einschließlich der Landwirtschaft unterbreitet hat, während bestimmte Industrie- und fortgeschrittene Entwicklungsländer nicht dieses Maß an Flexibilität und Engagement an den Tag gelegt haben,
- D. in der Erwägung, dass die Bemühungen um einen fristgerechten Abschluss der Doha-Runde im Jahr 2006 nicht das Ziel eines ambitionierten und ausgewogenen Ergebnisses gefährden sollte,
- E. in der Erwägung, dass die Doha-Runde in allen Verhandlungsbereichen entwicklungsfördernde Ergebnisse erzielen muss, insbesondere im Interesse der am wenigsten entwickelten Länder,
- F. in der Erwägung, dass eine Frist für die Einstellung der Subventionen für landwirtschaftliche Ausfuhren vereinbart wurde, dass aber keine vergleichbaren Fortschritte in den Bereichen der internen Stützung und des Marktzugangs erzielt wurden,
- G. in der Erwägung, dass der Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse bedeutende Handelsgewinne nicht nur für die EU, sondern auch für die Entwicklungsländer verspricht, da ein beträchtlicher Anteil ihres Handels industrielle Produkte betrifft und sie in ihrem Handel mit anderen Entwicklungsländern auf hohe Zollschränken stoßen,
- H. in der Erwägung, dass der jetzige Verhandlungsansatz im Dienstleistungsbereich keinerlei zufrieden stellende Ergebnisse gebracht hat und dass die EU eine tatsächliche weitere Liberalisierung unter Wahrung der nationalen politischen Ziele der WTO-Mitglieder und ihres Rechts zur Regulierung öffentlicher Dienstleistungen anstrebt,
- I. in der Erwägung, dass eine Verbesserung der WTO-Regeln für Handelserleichterungen, Antidumpingmaßnahmen und andere Fragen aufgrund einer höheren Rechtssicherheit, niedrigerer Kosten der Handelsvorgänge und der Vermeidung einer missbräuchlichen oder protektionistischen Verwendung für alle WTO-Mitglieder von Vorteil wäre,
- J. in der Erwägung, dass der Globalisierungsprozess und die Rolle der WTO oft falsch

gedeutet und verstanden werden und eine verstärkte Rechenschaftspflicht und Transparenz der WTO erforderlich ist,

1. bekräftigt sein Engagement für den multilateralen Ansatz in der Handelspolitik und seine Unterstützung der WTO als wichtigstes Forum der Globalisierungsgestaltung; weist darauf hin, dass das Scheitern der multilateralen Verhandlungen und ein Übergang zu bilateralen/regionalen Abkommen zu einem einseitigen Liberalisierungsprozess und einer unausgewogenen Entwicklung führen würde und insbesondere für die Entwicklungsländer von Nachteil wäre;
2. bedauert das langsame Vorankommen der bisherigen Verhandlungen und die wenig ambitionierten Zielsetzungen für die Ministerkonferenz in Hongkong; erklärt sich allerdings damit zufrieden, dass zumindest die Ministererklärung den Weg für weitere Verhandlungen in Schlüsselbereichen ebnet;
3. unterstreicht, dass alle Schlüsselbereiche in Übereinstimmung mit dem Vorsatz einer einzigen Unternehmung und entsprechend ambitionierten Zielsetzungen gleichzeitig verhandelt werden sollten;
4. erinnert daran, daran dass die multifunktionelle Rolle der Landwirtschaft in der EU gewahrt werden muss;
5. weist darauf hin, dass die EU im Rahmen ihrer Reform der gemeinsamen Agrarpolitik von 2003 ihre handelsverzerrende interne Stützung erheblich verringert hat;
6. weist auf das bemerkenswerte Angebot der EU hin, ihr Ausfuhrerstattungssystem bis 2013 abzuschaffen, und betont, dass sich parallel dazu alle WTO-Mitglieder im Bereich der Ausfuhrkredite, der Staatshandelsunternehmen und der Nahrungsmittelhilfe weiterbewegen müssen;
7. weist in Bezug auf den Marktzugang darauf hin, dass ein begrenztes Maß an Flexibilität sowohl aufgrund der Zolllenkungsformel als auch der Einstufung als empfindliche Waren erforderlich ist; erinnert an die Möglichkeit von Entwicklungsländern zur Selbstbenennung von Spezialprodukten; begrüßt in diesem Zusammenhang die Festlegung eines gemeinsamen Indikatorensatzes;
8. begrüßt die Einigung über die Abschaffung der Exportsubventionen für Baumwolle bis 2006 und die Gewährung eines zoll- und kontingentfreien Zugangs für die am wenigsten entwickelten Länder; bedauert allerdings die mangelnden Fortschritte im Bereich der innerstaatlichen Stützungsmaßnahmen;
9. bedauert, dass man in den Debatten über ein multilaterales Register für Wein und Spirituosen und über die Ausdehnung des Schutzes geographischer Angaben auf andere Erzeugnisse als Wein und Spirituosen nicht weitergekommen ist; weist darauf hin, dass ein ausgewogenes Ergebnis der Verhandlungen auch von diesen Punkten abhängt;
10. fordert ambitionierte Ergebnisse bei den Verhandlungen über den Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse zur Gewährleistung tatsächlicher neuer Marktzugangsmöglichkeiten, auch im Süd-Süd-Handel, aufgrund einer erheblichen Senkung der angewandten Sätze; fordert die schon weiter entwickelten

Entwicklungsländer auf, ihren Teil an Verantwortung zu übernehmen, und stellt fest, dass das Ergebnis den beschlossenen Grundsatz „Weniger als volle Gegenseitigkeit“ widerspiegeln sollte;

11. begrüßt die Einigung über die Verwendung einer Schweizer Zollsenkungsformel; betont aber, dass die Harmonisierungswirkung einer solchen Formel nicht durch die Bestimmung multipler Koeffizienten abgeschwächt werden sollte; unterstützt die Fortsetzung sektorspezifischer Initiativen in Branchen, in denen die EU Ausfuhrinteressen hat;
12. betont die strategische Wichtigkeit der Beseitigung ungerechtfertigter nichttarifärer Handelshemmnisse seitens aller Handelspartner;
13. bedauert die mangelnden Fortschritte im Dienstleistungssektor und fordert eine Intensivierung der Verhandlungen unter angemessener Berücksichtigung der Interessen schwacher und anfälligen Volkswirtschaften; bedauert, dass die endgültige Fassung der Ministererklärung keine quantitativen Ziele für die Vorlage geänderter Angebote vorgibt; erinnert daran, dass die Gesundheit, die Bildung und die audiovisuellen Dienstleistungen von der Liberalisierung ausgenommen werden sollten;
14. erinnert daran, dass der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen insbesondere im Interesse der am wenigsten entwickelten Länder der Verpflichtung zu konkreten Entwicklungsvorteilen in allen Verhandlungsbereichen nachkommen und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen muss;
15. begrüßt die Einigung über die Gewährung eines zoll- und kontingentfreien Zugangs für die am wenigsten entwickelten Länder; bedauert aber, dass die Möglichkeit gewährt wird, Beschränkungen für Produkte von ausschlaggebender Wichtigkeit für die am wenigsten entwickelten Länder beizubehalten, und dass die Gewährung eines solchen Zugangs den fortgeschrittenen Entwicklungsländern freisteht; fordert alle Industrie- und fortgeschrittenen Entwicklungsländer auf, dem Vorbild der EU-Initiative „Alles außer Waffen“ zu folgen;
16. ist der Auffassung, dass die besondere und differenzierte Behandlung integraler Bestandteil der WTO-Vereinbarungen sein muss, dass aber die schrittweise Süd-Süd-Markttöffnung und die Verpflichtung zu strengeren multilateralen Regeln von Vorteil für die wirtschaftliche Entwicklung und die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft sein wird;
17. unterstreicht die Bedeutung angemessener technischer Unterstützung, um den Entwicklungsländern bei der Einhaltung der neuen Verpflichtungen, der Anpassung an die Reformen und der wirksamen Umsetzung der WTO-Regeln zu helfen; unterstreicht auch die Notwendigkeit, schwache und anfällige Volkswirtschaften zu ermutigen, den Handel in ihre nationale Entwicklungspolitik und nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung einzubeziehen; unterstützt die Ausweitung der „Aid for Trade“-Initiative auf Entwicklungsländer im Hinblick auf die Steigerung ihrer gewerblichen und Exportkapazitäten, die Diversifikation ihrer Produktionsgrundlagen und den Austausch von Zolleinnahmen durch andere Steuereinnahmen;
18. begrüßt die bisherigen Fortschritte bei den Verhandlungen über Handelserleichterungen; fordert multilaterale Verpflichtungen zu einer größeren Rechtssicherheit, Vereinfachung

und Modernisierung der Handelsverfahren; betont die besondere Bedeutung gezielter technischer Unterstützung in diesem Bereich;

19. betont die Wichtigkeit der Gewinnung öffentlicher und politischer Unterstützung für das multilaterale Handelssystem der WTO; betont, dass eine bessere Aufklärung der Öffentlichkeit und eine breitere Konsultation der Zivilgesellschaft notwendig sind; verweist in diesem Zusammenhang auf den wichtigen Beitrag, den die parlamentarische Dimension als ein Mittel zur Stärkung ihrer demokratischen Rechenschaftspflicht und Öffnung gegenüber den Bürgern leisten kann;
20. erklärt sich bereit, aufgrund der verschiedenen Kontakte seiner Mitglieder mit Abgeordneten in Ländern, mit denen die EU Interessen teilt, einen positiven Beitrag zum Verhandlungsprozess zu leisten;
21. erinnert daran, wie wichtig es ist, dass das Europäische Parlament in vollem Umfang von der Kommission in Bezug auf die EU-Strategie nach Hongkong und den Verhandlungsverlauf informiert und konsultiert wird;
22. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission sowie den Parlamenten der Mitglied-, Beitritts- und Bewerberstaaten, dem Generaldirektor der WTO und dem Präsidenten der Interparlamentarischen Union zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Ηράκλειτος [έφη] "το αντίζουν συμφέρον και εκ των διαφερόντων καλλίστην αρμονίαν και πάντα κατ' έριν γίνεσθαι"

Aριστοτέλης, Ηθικά Νικομάχεια, Θ2.1155 β 5

Heracleitus [sagte] dass die Hilfe aus dem Widrigen kommt und aus verschiedenen Tönen die lieblichste Melodie entsteht und alle Dinge aus dem Zwist geboren werden.

Aristoteles, Nikomachische Ethik, Buch 8I

1. Die Ministerkonferenz in Hongkong: begrenzte Erwartungen - bescheidene Ergebnisse

Dieser Initiativbericht will eine Bewertung der Doha-Runde im Anschluss an die sechste WTO-Ministerkonferenz in Hongkong (13. bis 18. Dezember 2005) liefern.

Die gegenwärtige Runde der multilateralen Handelsverhandlungen dauert seit November 2001 an und ist nun in Anbetracht des allgemeinen Wunsches, diese Runde vor Ende des Jahres 2006 abzuschließen, in ihre Endphase getreten.

Die früheren Verhandlungsphasen - von Doha über Cancún und Genf nach Hongkong - haben große Unterschiede bei den Erwartungen, Ansätzen und Strategien der wichtigsten Teilnehmer aufgezeigt und die Schwierigkeiten unterstrichen, ein ambitioniertes und ausgewogenes Ergebnis in allen Verhandlungsbereichen zu erzielen. Dementsprechend waren die Erfolge oft schwer fassbar, viele Fristen wurden versäumt und die Verhandlungen blieben hinter den Hoffnungen und Erwartungen zurück.

Wegen des vollkommenen Scheiterns der fünften Ministerkonferenz in Cancún im September 2003 und der Skizzenhaftigkeit des vom allgemeinen Rat der WTO im August 2004 angenommenen Rahmens war das ursprüngliche Ziel der Zusammenkunft in Hongkong, diesen Rahmen zu stärken und durch die Festlegung von Modalitäten in bestimmten wesentlichen Verhandlungsbereichen wie der Landwirtschaft, dem Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse und den Dienstleistungen einen Durchbruch zu erzielen, sich über ein nennenswertes Entwicklungspaket zu einigen und gleichzeitige Fortschritte in anderen Verhandlungsbereichen zu fördern. Wegen des beständigen Patts in der Schlüsselfrage des Agrarmarktzugangs und der mangelnden Flexibilität anderer wichtiger Akteure mussten die Erwartungen für diese Zusammenkunft schließlich zurückgeschraubt werden und es war schon vor dem Beginn der Ministerkonferenz klar, dass nur bescheidene Ergebnisse erzielt werden würden.

Die parlamentarische Überwachung der Verhandlungen in Hongkong - wobei das europäische Parlament durch eine Delegation von Mitgliedern in Hongkong vertreten war - führte zur Annahme einer gemeinsamen Erklärung der Interparlamentarischen Union und des europäischen Parlaments am 15. Dezember 2005. Obwohl dieser Beitrag zweifelsfrei positiv war, gibt es in qualitativer Hinsicht im Rahmen der derzeitigen WTO-Ordnung kein angemessenes Forum für die Gewährleistung der demokratischen Rechenschaftspflicht und Offenheit der WTO. Die Delegation des Europäischen Parlaments erhielt Informationen von der Kommission und dem britischen EU-Vorsitz über die Verhandlungsstrategie der EU und den allgemeinen Verhandlungshandlungsstand vor und während der Ministerkonferenz in

Hongkong.

Der vorliegende Bericht bewertet die begrenzten Ergebnisse von Hongkong. Er betont auch die erhebliche Arbeit, die noch geleistet werden muss, richtet eine Botschaft der Unterstützung an die Verhandlungsführer der EU und will die Aufmerksamkeit auf die nächsten Verhandlungsphasen lenken.

2. Ergebnisse der Ministerkonferenz nach Themen

Dieser Teil basiert auf dem Text der Ministererklärung unter besonderer Berücksichtigung der Verhandlungspositionen der EU.

2.1 Landwirtschaft

Die Frage landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde von einer Reihe von Entwicklungs- und Industrieländern als für die gesamten Verhandlungen ausschlaggebend bezeichnet, was die EU und noch mehr die USA in die Defensive getrieben hat. Der tote Punkt musste überwunden werden, um Fortschritte in anderen Bereichen erzielen zu können. Die Konferenz von Hongkong leistete einen wertvollen Beitrag zu verschiedenen Punkten dieses Verhandlungsbereichs:

- Man einigte sich über die endgültige Beseitigung aller Formen von Exportsubventionen bis 2013, wenn die derzeitigen GAP-Bestimmungen ihre Gültigkeit verlieren. Um eine Analogie zwischen den Ausfuhrerstattungen und anderen Formen von Exportsubventionen wie Ausfuhrkrediten, Staatshandelsunternehmen und Nahrungsmittelhilfen herzustellen, wird dieser Zeitpunkt aber erst nach dem Vorliegen der Vorschriften über diese Praktiken bestätigt werden. Andere Fragen wie die erheblichen Senkungen der Subventionen bis 2013 müssen noch geklärt werden.
- In Bezug auf die interne Stützung einigte man sich auf die Festlegung von drei Senkungskategorien und größere lineare Senkungen im höheren Subventionsbereich (höhere Kategorien). Es scheint auch eine gewisse Übereinstimmung bezüglich der Senkung des „Final Bound Total Aggregate Measure of Support“ (AMS), der insgesamten Senkung der handelsverzerrenden internen Stützung und der "De minimis"-Grenzen zu geben. Man einigte sich auch über eine Revision des Green-Box-Kriteriums.
- In der schwierigen Frage des Marktzugangs, d.h. der Senkung der Agrarzölle, wurden keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Es scheint eine Einigung über die Festlegung von vier Kategorien zur Strukturierung der Zolllenkungen zu bestehen, aber nicht über die Spannbreite dieser Kategorien, den Umfang der Senkungen und andere Fragen wie die Auswahl und besondere Behandlung empfindlicher Waren, die Arbeitsweise des besonderen Schutzmechanismus, usw.
- Die Debatte über geographische Angaben (multilaterales Register für Wein und Spirituosen, Ausdehnung des Schutzes geographischer Angaben auf andere Erzeugnisse als Wein und Spirituosen) wurde zwar eröffnet, aber kein Fortschritt in dieser für die EU hochwichtigen Frage erzielt.
- In der spezifischen Frage der Baumwolle einigte man sich, dass die Industrieländer ihre Ausfuhrsubventionen bis 2006 beseitigen und den Baumwolleinfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern zoll- und kontingentfreien Zugang ab dem Beginn

des Durchführungszeitraums gewähren. In der wichtigen Frage der internen Stützung wurden allerdings keine Fortschritte gemacht.

2.2 Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse (NAMA)

Die begrenzten Fortschritte in den Agrarverhandlungen trugen bis zu einem gewissen Grade dazu bei, dass dem Wunsch der EU und bestimmter Industrieländer nach einer schrittweisen Zolllenkung stattgegeben wurde, was zur Annahme einer Schweizer Formel für die Beseitigung oder Senkung von Zöllen führt. Man einigte sich auch über die Sonderbehandlung der Entwicklungsländer einschließlich der asymmetrischen Reziprozität von Zolllenkungen.

Die Annahme der Schweizer Formel ist zwar ein bedeutender Fortschritt, doch müssen bis zum 30. April 2006 schwierige Entscheidungen über das Ausmaß der Zolllenkungen (anhand von Koeffizienten) und die Festlegung von Basissätzen für den Beginn solcher Senkungen getroffen werden. In der Ministererklärung werden die Mitglieder auch aufgefordert, Vorschläge zur Frage der nichttarifären Handelshemmnisse vorzulegen.

2.3 Dienstleistungen

In Bezug auf die Dienstleistungen wurde nur auf den Erfolg in Verbindung mit der Annahme des GATS-Abkommens im August 2004 hingewiesen. Es wurde auch eine Erklärung von Mitgliedern zur Intensivierung der betreffenden Verhandlungen gemäß Anhang C der Ministererklärung von Hongkong abgegeben. Die Konferenz erzielte keinen Durchbruch in Bezug auf die weitere Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen, so dass jetzt sowohl auf multilateraler wie auch auf bilateraler Basis spektakuläre Fortschritte erzielt werden müssen, wenn die Ziele der Doha-Runde erreicht werden sollen. Für die Wirtschaft und Beschäftigung in der EU sind Fortschritte in diesem Bereich von größter Wichtigkeit.

2.4 Handel und Entwicklung

Im Hinblick auf die Unterstützung der Entwicklungsländer und ihre reibungslosere Einbindung in die Weltwirtschaft wurde eine Reihe von Entscheidungen getroffen:

- Bis 2008 oder spätestens bis zum Beginn des Durchführungszeitraums müssen die tarifären und quantitativen Beschränkungen für Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern beseitigt werden. Allerdings werden nur die Industrie- und Entwicklungsländer, „die erklären, dazu in der Lage zu sein“, dieses Zugeständnis machen, so dass Beschränkungen für bis zu 3 % der Zolltariflinien bestehen bleiben können. Die Ministererklärung spricht auch von Maßnahmen zur Erleichterung der Handelsvorgänge, Vereinfachung der Ursprungsregeln, verstärkter technischer Unterstützung, Förderung der Schaffung von Institutionen, usw.
- Die WTO soll sich aktiver an den Bemühungen internationaler Organisationen und einzelner Staaten um die Umsetzung der „Aid for Trade“-Initiative beteiligen, um den am wenigsten entwickelten Ländern zu erlauben, ihre Produktion zu stärken, und Exportkapazitäten und die erforderlichen kommerziellen Infrastrukturen aufzubauen.
- Die Strategie der WTO für die technische Unterstützung und Bereitstellung von Ausbildungsprogrammen wurde neu bewertet und weiterentwickelt.

2.5 Sonstiges

In allen anderen Fragen (z.B. WTO-Regeln, handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS), Umwelt, Handelserleichterung, Umsetzung der bestehenden Abkommen, kleine Volkswirtschaften, Handel und Technologietransfer, e-Commerce, Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen) brachte die Ministerkonferenz im Großen und Ganzen nichts neues, sondern bestätigte nur den gegenwärtigen Besitzstand und forderte die anwesenden Mitglieder auf, die Verhandlungen fortzusetzen und zu intensivieren.

3. Gesamtschätzung

Als Ganzes gesehen kann das Ergebnis der Ministerkonferenz von Hongkong unter den gegebenen Umständen als positiv bezeichnet werden, obwohl die tatsächlichen Ergebnisse in Ermangelung jedweder kreativer Durchbrüche in vielen Schlüsselfragen bescheiden waren. Man einigte sich über ein Paket von Entwicklungsmaßnahmen und - was noch wichtiger ist - die Mitglieder bekräftigten ihr Engagement für einen erfolgreichen Abschluss der Runde bis Ende des Jahres 2006 und legten im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels eine Reihe von dazwischen liegenden Fristen ein.

Die EU leistete wieder einmal einen wichtigen Beitrag zu diesem positiven Ergebnis, in dem sie sich unter bestimmten Bedingungen dazu verpflichtete, die Exportsubventionen bis 2013 zu beseitigen. Es ist allerdings nicht sicher, dass sie im Gegenzug für dieses Zugeständnis viel bekommen hat, sei es den Kapiteln der Agrarverhandlungen oder in anderen Schlüsselbereichen.

Große fortgeschrittene Entwicklungsländer verwerfen weiterhin der Vorschlag der EU zum Agrarmarktzugang trotz der damit verbundenen großen Opfer für unsere ländlichen Gebiete und weigern sich bislang, irgendwelche sinnvollen Zugeständnisse in Bezug auf den Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse oder die Dienstleistungen zu machen. Diese Einstellung ist sogar noch besorgniserregender, wenn man bedenkt, dass gerade diese Länder die höchsten Schutzniveaus beibehalten und den Schlüssel zur Entwicklung ärmerer Länder durch den Süd-Süd-Handel in der Hand halten.

Obwohl Entwicklungsfragen auch weiterhin im Zentrum dieser Verhandlungen stehen sollten und werden, sollten sie nicht mit der einseitigen Vertretung der Interessen großer Agrarexporteure verwechselt werden, noch als Vorwand für Protektionismus dienen können.

Die EU hat im Laufe der verschiedenen Verhandlungsphasen eine führende Rolle bei der Annahme von Maßnahmen zugunsten der ärmsten Mitglieder gespielt, wie etwa dem Zugang zu Arzneimitteln, zoll- und kontingentfreier Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder und für Baumwolle. Obwohl auch andere Mitglieder vor und während der Ministerkonferenz in Hongkong Verpflichtungen in diesen Bereichen eingegangen sind, sind diese nicht so weit reichend (zoll- und kontingentfreier Marktzugang, Baumwolle) oder in ihrer Umsetzung fortgeschritten (Zugang zu Arzneimitteln) wie im Fall der EU.

Die EU hat zusammen mit anderen industrialisierten WTO-Mitgliedern auch die Idee einer "Gratisrunde" zugunsten der ärmsten Mitglieder in den Raum gestellt, die im Anschluss an alle diese Initiativen viel bekommen - einschließlich einer höheren Entwicklungshilfe im Gegenzug für Handelsliberalisierungen - und wenig geben sollen.

Weitere unilaterale Zugeständnisse der EU in der Landwirtschaft würden zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Sicherheit die Umsetzung der GAP-Reform gefährden und von keinem bzw. geringem Interesse für die Länder sein, für welche die Entwicklungsagenda bestimmt ist.

Deshalb ist es an der Zeit, dass sich die Aufmerksamkeit der Verhandlungsführer auf andere wichtige Verhandlungsbereiche richtet, wie etwa der Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse, um Modalitäten und Vorschriften festzulegen, die einen tatsächlichen Unterschied im internationalen Handel ausmachen.

Dies wäre im Interesse der EU, deren Teilnahme an der Doha-Runde in Übereinstimmung mit dem in der Lissabon-Strategie festgeschriebenen Ziel einer Steigerung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit bleiben sollte. Es wäre auch im Interesse der zahlreichen Entwicklungsländer, die tatsächliche oder potenzielle komparative Vorteile im Industrie- oder Dienstleistungssektor haben, und deren Chancen sich in einer nur der Landwirtschaft gewidmeten Runde verringern würden.

4. Nach Hongkong

Die Ministerkonferenz in Hongkong zeigte, dass der Weg zu einem erfolgreichen Abschluss der gegenwärtigen Runde offen bleibt. Es handelt sich allerdings um einen steinigten Weg, der bald in eine Sackgasse führen könnte.

Der politische Wille scheint vorhanden zu sein, doch die Positionen gehen immer noch weit auseinander und die fast ausschließliche Beschäftigung mit der Landwirtschaft hat bislang nicht zugelassen, dass die in einem so fortgeschrittenen Verhandlungsstadium entscheidenden Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Bereichen entstehen.

Es ist abzuwarten, ob die äußerst kurzen in Hongkong festgelegten Fristen eingehalten werden können.

Jetzt, wo die WTO-Mitglieder in die letzten und schwierigsten Verhandlungsphasen einsteigen, wäre es wahrscheinlich nützlich, diesen ganzen Prozess in eine allgemeine Perspektive einzubetten.

Man sollte sich auf allen Seiten bewusst sein, dass es keine realisierbare Alternative zum multilateralen Handelssystem gibt, wenn es darum geht, wirtschaftliche Integration und Entwicklung, die wirksame Gestaltung der zunehmenden gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten sowie der friedlichen und gerechten Streitbeilegung zu gewährleisten. Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde würde den Handel und die Entwicklung auf internationaler Ebene stärken und ausweiten und das internationale Handelssystem zum Vorteil aller Mitglieder gerechter und wirksamer machen. Außerdem würde er sich der weiteren Ausbreitung der Protektionismus in den Weg stellen. In einer Zeit, in der die Nachfrage nach internationalen Organisationen und der Gestaltung der Weltpolitik das Angebot übersteigt, könnte der Erfolg der Doha-Runde ferner der internationalen Zusammenarbeit und Integration in ihrer Gesamtheit nachhaltigen Antrieb geben.

Zwar gibt es in der WTO Raum für Fragen in Verbindung mit der Entwicklung der armen Staaten im Süden, dem Umweltschutz und der sozialen Verantwortung, doch sollte nicht vergessen werden, dass die WTO keine reine Entwicklungshilfeorganisation ist und noch viel weniger eine Umwelt- oder sozialpolitische Organisation. sie ist in Wirklichkeit eine auf die Gestaltung des internationalen Handels spezialisierte Organisation. Die Überladung ihrer Agenda mit Fragen, die über handelsbezogene Fragen hinausgehen, und die übertriebene

Betonung dieser Fragen in der Erklärung von Doha machten die Verhandlungen noch schwieriger. Diese Schwierigkeiten verschärfen sich leicht aufgrund des demokratischen Defizits in den Beziehungen der WTO zur Zivilgesellschaft und ungenügender Information und Kommunikation.

Darüber hinaus hat die bislang eingeschlagene Richtung der Verhandlungen angesichts einer zunehmend heterogenen Zusammensetzung der WTO gezeigt, dass Versuche, diese Bereiche der internen Wirtschaftspolitik mit handelspolitischer Dimension ihrer Mitglieder zu regulieren, auf Widerstand stoßen, so dass die Verhandlungen zum Stillstand kommen und gegenseitige Kontakte anhaltend abgebrochen werden.

Während der Verhandlungen im Vorfeld der Ministerkonferenz in Hongkong und auf der Konferenz selbst hat sich die EU kontinuierlich für eine umfassende Sicht der Doha-Runde eingesetzt und die weitere Liberalisierung des internationalen Handels mit Handelswaren und Dienstleistungen sowie die Stärkung der multilateralen Handelsregeln und -vorschriften angestrebt und zur gleichen Zeit die Entwicklungsanstrengungen der ärmsten Länder der Welt ermutigt und unterstützt. Dank der unermüdlichen Anstrengungen der Verhandlungsführer der Kommission, der Geschlossenheit ihrer Mitgliedstaaten und der Unterstützung des Europäischen Parlaments konnte die EU wichtige, glaubwürdige und konstruktive Vorschläge zu allen in Hongkong angesprochenen Verhandlungsbereichen vorlegen. Die EU wird ihre Anstrengungen in den kommenden Monaten mit Sicherheit fortsetzen und dürfte ihre Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluss der Runde wohl noch verstärken.

Die Verhandlungsgrundlage und der objektive Bezugsrahmen der EU ergibt sich aus den gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen zum Binnenmarkt. Die kognitive Übertragung des von einer Verrechtlichung geprägten europäischen Modells der Entscheidungsstrukturen auf die höhere Ebene der Gestaltung des Welthandels läuft dem unverbindlicheren und weniger regulativen WTO-System zuwider. Je stabiler und umfassender das WTO-Regelwerk wird, desto größer wird die daraus resultierende globale Annäherung sein und desto enger wird das multilaterale Handelssystem an das europäische Modell der Außenbeziehungen herankommen.